

Rede des Vorsitzenden der
Fraktion Freie Wähler/Bürger-Vereinigung Brühl
(fw/bVb-Fraktion)
aus Anlass der Verabschiedung des Haushalts 2008
im Rat am 03.03.2008

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

wir haben heute einen zufällig ausgeglichenen Haushalt für das Rechnungsjahr 2008 zu verabschieden, weil bekanntlich mehr als 10 Mio Euro aus einer Rückstellung ertragswirksam aufgelöst werden können. Ansonsten hätten wir mit fast 8 Mio € Unterdeckung eine schlimme Haushaltslage vorgefunden, die unbedingt der Genehmigung der Kommunalaufsicht bedurft hätte. Vor Gericht und auf offener See sind wir in Gottes Hand, so sagt ein geflügeltes Wort. Wir haben Glück gehabt. Und einen auf Glück und Zufall aufgebauten Haushalt müssen wir ablehnen, zumal keiner unserer Anträge zur Verbesserung der Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger eine politische Mehrheit gefunden hat.

Es wäre eigentlich an der Zeit gewesen, einen echten Haushaltsausgleich zu verwirklichen, in dem wir das Sparen in den Vordergrund stellen. Der Bürgermeister fordert zu Recht Sparsamkeit ein, nur der Etatentwurf setzt hier keine Zeichen. Zudem kommen Begehrlichkeiten von Außen auf uns zu. So annonciert der Landrat des Rhein-Erft-Kreises sein tolles Ergebnis vom schuldenfreien Kreis per Inserat, verschweigt aber geflissentlich, dass die Berechnungsgrundlage für die Kreisumlage geändert wurde und die 10 Kommunen erheblich mehr zahlen müssen. Für Brühl sind das 2 Mio. €. Es bleibt die spannende Frage, ob die Landschaftsverbandsumlage gesenkt wird.

In der Rede des Bürgermeisters zur Einbringung des Haushaltsentwurfs vermissen wir die Einbindung unserer Senioren und der Behinderten in das städtische Leben. Für beide Gruppen haben wir zur Verbesserung ihrer Lebensqualität Anträge eingebracht, die leider von der Ratsmehrheit verworfen wurden, so z.B. das dauerhafte Verfügen der Pflasterung in der Fußgängerzone. Der Seniorenbericht des Rhein-Erft-Kreises ist eine gute Handlungsgrundlage. Hier haben wir als Antrag gegenüber dem Bürgermeister vorgeschlagen, den Ausschuss für Soziales und Migration in seinen Kompetenzen zu erweitern, ihn Ausschuss für Soziales, Demografie, Senioren und Integration zu benennen, der fachbereichsübergreifend mit der Verwaltung zusammen

Möglichkeiten für die betroffenen Menschen erarbeitet. Ein Ausschuss sollte es sein, damit echte Entscheidungen getroffen werden können.

In dem Zusammenhang erinnere ich an den Beschlusssentwurf der Verwaltung aus dem Jahr 2004, einen Integrationsausschuss einzusetzen, der der Integration gedient hätte. Dieser Wunsch des Bürgermeisters und auch meiner Fraktion wurde mit 22 zu 20 Stimmen abgelehnt. Heute haben wir einen Ausländerbeirat, der nur selten beschlussfähig ist. Diese häufige Beschlussunfähigkeit liegt mit Sicherheit auch an der Machtlosigkeit des Beirates, der heute nur Wünsche und Empfehlungen aussprechen kann und kaum als Vertretungsorgan der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger wahrgenommen wird.

Einen großen Raum opfert der Bürgermeister der Kulturförderung. Er nennt sie einen eminent wichtigen Themenbereich und behandelt das Thema Kulturförderung im ersten Kapitel seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes 2008. Man könnte fast glauben, ohne Kulturförderung aus Steuergeldern würde unsere Stadt nicht überlebensfähig sein. Deutlich gemacht, für die Bevölkerung und Gäste Brühls, wird die Gewichtung oder auch Übergewichtung der Kultur auf den Tafeln des Parkleitsystems. Hier steht als Überschrift: Brühl ist mehr. Einkaufs- Kunst- Kultur. Wir haben aber auch Sport und Freizeitgestaltung in Brühl. Wir haben großartige Vereine, sehr gute Trainingsmöglichkeiten, besonders für Wasser- und Hallensportarten und unsere Sportlerinnen und Sportler bringen hervorragende Ergebnisse auf nationaler und internationaler Ebene mit nach Hause. Aber kein Wort oder Hinweis auf den Sport in Brühl. Ich komme gleich noch einmal darauf zu sprechen.

Dass die Kultur oder das kulturelle Angebot eine wichtige Entscheidungshilfe für die Ansiedlung von Handel und Dienstleistung nach Brühl bedeute, mag vielleicht zählen. Die Nähe zu Köln und Bonn, die sehr gute Autobahnanbindung und die Kaufkraft der Bevölkerung sind Fakten, die zählen. Auch das gute und attraktive Angebot von Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten zählt hierzu. Gute, ruhige, kinderfreundliche und ökologisch gestaltete Baugebiete zählen für die vielen Neubürgerinnen und Neubürger. Wenn in der Zeitung zu lesen ist, dass sich das neue Baugebiet „Rheinstraße“ sehr gut vermarkten ließe, liegt das an der exzellenten Lage der direkten Nachbarschaft zum Schlosspark und des hervorragenden Bebauungsplans und nicht an den Brühler Kunsttagen.

Nahversorger, wie wir sie immer gefordert haben, kommen leider erst jetzt zum Zuge. Sie sind ebenso wichtig wie Kunst und Kultur. Unsere

Innenstadt lebt nur noch rund um „Giesler“. Seit dem 01.01.2008 stehen wieder einige Ladenlokale leer, besonders auf der Kölnstraße.

Ist es noch passend, die überregional bekannten Brühler Schlosskonzerte mit Brühler Steuergeldern zu subventionieren, besteht die Notwendigkeit oder die Bedürftigkeit überhaupt? Keiner hat bisher diese Fragen geprüft, geschweige denn beantwortet. Im Übrigen hat sich das Land NRW zu einer nochmals erhöhten Förderung der Konzerte entschlossen. Wo das Land einspringt, sollte die Kommune aussteigen. Welches Barvermögen oder Rücklagen hat die Gesellschaft? So lange hier keine nachvollziehbaren Kassenprüfungen vorliegen, müssen wir uns grundsätzlich einer Subventionierung versagen. Wir reden nicht das Wort gegen die Schlosskonzerte, sondern gegen die ungeprüfte Verwendung von Steuergeldern.

Wir können froh sein, dass der Landschaftsverband Rheinland das Max-Ernst-Museum übernommen hat, was uns enorme Kosten erspart.

Ein wichtiger Punkt für die Entwicklung unserer Kinder ist die Förderung der Musik. Wir stehen hinter der Kunst- und Musikschule und werden für den Erhalt kämpfen.

Die Reduzierung des Defizits der Kunst- und Musikschule aber mittels Erhöhung der Elternbeiträge zu erreichen, ist kein Kunststück, auf das man stolz sein könnte. Wie viele Eltern haben seit der Erhöhung ihre Kinder ganz oder teilweise abgemeldet?

Ich komme zurück auf den Sportbereich.

Seit vielen Jahren fordert meine Fraktion, nicht **am** Sport sondern **im** Sport zu sparen. Jetzt endlich wird dies mit der Übertragung von Schlüsselgewalten an die Verantwortlichen der Sportvereine umgesetzt, weshalb nicht schon viel früher? Die Einführung der Nutzungsgebühren für städtische Plätze und Hallen ist für uns weiterhin so überflüssig wie ein Kropf. Sportliches Engagement mit einer Geldstrafe zu belegen, ist mit meiner Fraktion nicht zu machen.

Spannend bleibt die Umsetzung der Ankündigung des Bürgermeisters, das Schlossparkstadion zu sanieren. Dass buchhalterisch erst in der verwaltungsseitigen Fortschreibung Zahlen in den Etatentwurf für die Modernisierung eingestellt sind, ist korrekt und nicht zu kritisieren. Aber wann und wie und von wem wird das Stadion modernisiert. Meine Fraktion kann gut mit der Sanierung statt einer Neuanlage in Brühl- Süd leben. Bedenken haben wir unter anderem gegenüber den Ideen des Bürgermeisters hinsichtlich des Hauptplatzes, der in Naturrasen

wiederhergestellt werden soll. Wir favorisieren auch hier einen Kunstrasen wegen der erheblich geringeren Wartung, Pflege und Personalaufwand und verweisen wegen der Leichtathletikdisziplinen Diskus- Speer- oder Hammerwerfen auf die Möglichkeit der Nutzung des kleinen Nebenplatzes östlich des heutigen Ascheplatzes. Hinweisen möchten wir auch auf die Gefahr der Anwohnerproteste der Bonnstraße gegen das geplante Vereinsheim im südlichen Tribünenbereich. Wer bekommt hier ein mit Steuergeldern finanziertes Clubhaus hingesezt? Spannend bleibt es, wie die kalkulierten Baukosten von ca. 2,6 Mio. € finanziert werden. Ohne konkrete Pläne und Finanzierungsvorschläge werden wir keinem Grundsatzbeschluss zustimmen.

Vergessen werden wir aber auf gar keinen Fall, den Ascheplatz in Heide zu modernisieren und in einen Kunstrasenplatz umzuwandeln. Entsprechende Anträge lagen vor. Sie wurden mit nicht nachvollziehbaren Argumenten abgewiesen.

Wie man Sportarten für Brühl abweisen kann, zeige ich auch auf. Es gab vor wenigen Monaten eine ernsthafte Anfrage, ob wohl auf der Ackerfläche rund um das Schloss Falkenlust ein Golfgelände ohne Hochbauten realisiert werden könne. Der mögliche Investor wurde leider allzu lange hingehalten und hat heute sein Interesse an der Realisierung in Brühl verloren.

Als Sponsor für viele Vereine, ob Sport oder Kultur, tritt die Stadtwerke Brühl GmbH auf. Das ist gut so. Mit der Übernahme der Verluste der Stadtbusse und des Badebereichs nimmt uns unsere „Tochter“ eine große finanzielle Last ab, die wir nicht zu stemmen in der Lage wären. Dieses wirtschaftlich solide Unternehmen, das vom Kollegen Pitz abwertend als ein „Gemischtwarenladen“ bezeichnet wird, der sich auf seine Kernbereiche zurückziehen sollte, soll jetzt auch den operativen Teil der Abfallentsorgung und des Betriebshofes übernehmen. Keine schlechte Idee, wir stehen hinter der Übertragung, sofern hieraus keine Mehrbelastung für die Bürgerschaft resultiert und ein mit dem Personalrat abgestimmtes Übernahmekonzept einvernehmlich erarbeitet wird. Beide Seiten, Stadt und Stadtwerke, haben mittelfristig Vorteile hiervon. Und alle 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachbereichs 70 werden ohne wenn und aber übernommen. Als vielseitiger Ver- und Entsorger stellen wir die Stadtwerke auf. Hoffentlich macht uns der neu gefasste § 107 GO nicht einen Strich durch die Rechnung. Die Juristen sagen zwar nein, aber vor Gericht und auf hoher See ist man, wie oben schon einmal gesagt, in Gottes Hand.

Nur gut, dass sich vor Monaten politischer und gewerkschaftlicher Widerstand gegen die Vorschläge von Krups formiert hat, sonst hätten wir heute mindestens 30 Arbeitslose mehr. Krups hatte bekanntlich damals vorgeschlagen, im Fachbereich 70 ca. 30 Bedienstete freizusetzen. Wie es richtig zu organisieren ist, ohne eine einzige Entlassung, das zeigt uns zum Glück die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG.

Der Bürgermeister verwendet gerne die Worte: „Konzern Stadt Brühl“. Meine Fraktion steht hinter Ihnen, Herr Bürgermeister, denn Ihr Tun und Wollen ist auf der einen Seite die Kernverwaltung und auf der anderen Seite die Beteiligungsunternehmen. Und indem wir die Stadtwerke als Mehrbereichsunternehmen aufstellen, bauen wir den Schutz gegen Übernahmebegehrlichkeiten durch energiewirtschaftliche Großkonzerne auf.

Ob wir allerdings langfristig noch von unserer „Tochter“ im Bereich ÖPNV und Freizeitbad unterstützt werden, erscheint immer fraglicher, da den kommunalen Stadtwerken immer mehr Fesseln angelegt werden, was sich hoffentlich nicht eines Tages als äußerst kontraproduktiv erweisen könnte. Die CDU/FDP-Landesregierung wollte es so. „Gemischtwarenladen“ kaputt und dann?

Nach einem informellen Gespräch mit dem Kämmerer und fraktionsinternen Überlegungen sagen wir grundsätzlich ja zur Rückübernahme des Abwasserwerks in den städtischen Haushalt.

In der Stadtentwicklung ist nach der Eröffnung der Giesler-Galerie die Luft raus. Es geht nicht weiter auf dem Belvedere, auf dem Wicke-Gelände, auf dem Janshof. Die Fußgängerzone ist im nördlichen und südlichen Teil zu Durchfahrtsstraßen für Autofahrer verkommen. Die nördliche Kölnstraße stirbt langsam vor sich her. Leerstände und noch mehr Telefonläden und 1-€-Läden sind zu verzeichnen.

Und dann kommt ein Antrag der FDP daher, basierend auf zweifelhaften Ideen der Firma Krups, den Anbau des Rathauses Steinweg abzureißen, um einem großen und attraktiven Einzelhandelsgeschäft Platz zu machen. Die wegfallenden Büroflächen der Verwaltung sollen durch An- und Umbauten am denkmalgeschützten Rathaus A kompensiert werden. Hoffentlich wird der Landeskonservator bald einschreiten, um derlei Vorstellungen im Keim zu ersticken.

Die südlichen Vororte Schwadorf, Badorf, Eckdorf warten immer noch auf den Nahversorger, der mit Lidl endlich kommen wird. Die Vororte allgemein dümpeln leider vor sich hin. Es passiert nichts, sieht man von

Vochem ab, wo die sozialen Brennpunkte entschärft werden sollen. Das Konzept „soziale Stadt“ findet unsere Zustimmung und wir hoffen auf finanzielle Unterstützung durch das Land und die Europäische Union. Alle Maßnahmen, die zur Entkrampfung des sozialen Brennpunktes Vochem beitragen, werden wir in enger Kooperation mit der Dorfgemeinschaft mittragen. Wachgerüttelt durch einen Sachstandsbericht der Dorfgemeinschaft über die Zustände im Vochemer Unterdorf gilt es jetzt, das integrierte Handlungskonzept in die Hand zu nehmen, das eine soziale Stabilisierung und eine städtebauliche Aufwertung beinhaltet.

Mit dem Abbruch des Jugendzentrums an der Liblarer Straße kommen wiederum neue Fragen auf. Wer soll als Investor herhalten für die Idee der FDP, ein neues Stadthaus zu bauen. Hoffentlich nicht die Gebausie, die sich an diesem Objekt überheben würde. Wurde wirklich seitens der Verwaltung die Idee aufgegeben, das Gebäude der Kunst- und Musikschule zu verkaufen? Wie sonst müssen wir die Aussage des Bürgermeisters deuten, dass innerstädtisches Wohnen an der Liblarer Straße angesagt sei. Die Vorstellungen der FDP-Fraktion und des Bürgermeisters sind nicht unsere Sache.

Das Bahnhofsgebäude am DB-Bahnhof Brühl zu kaufen, findet unsere grundsätzliche Zustimmung. Wir hoffen, dass sich eine einvernehmliche Nutzung erzielen lässt.

Wer glaubt, mit der Auszeichnung als fahrradfreundliche Stadt geehrt zu sein, würde Irgendjemanden hinter dem Ofen hervorlocken und nach Brühl zu ziehen, der irrt. Es handelt sich um ein teures Prestigedenken, welches wir uns nicht mehr leisten sollten. Brühl **ist** fahrradfreundlich und soll es bleiben, aber bitte ohne Orden.

Auch ohne Ordensverleihungen sollten wir alle darauf achten, dass Brühl noch sauberer wird. Weshalb wagen wir nicht im Verbund mit allen Vereinen, der Wepag, den konfessionellen Gruppen, den Schulen und Jugendeinrichtungen eine jährliche Aktion „Saubere Stadt“. Das Umweltbewusstsein würde gestärkt, die Stadtreinigung hätte eine kurzzeitige Arbeitsentlastung und die Stadt sähe für einen Moment allgemein sauberer aus.

Auch wäre es wichtig, unsere Stadt sicherer zu machen. Das individuelle aber auch objektive Unsicherheitsempfinden gerade bei Dunkelheit sollte für die Brühlerinnen und Brühler verschwinden und das Sicherheitsbedürfnis durch geeignete Maßnahmen unterstützt werden.

Leider sprechen die fast täglichen Pressemeldungen von Überfällen und Raub auf offener Straße die Probleme überdeutlich an. Zu den geeigneten Maßnahmen gehört Kameraüberwachung öffentlicher Plätze genau so wie Radarmessungen der Geschwindigkeit des fließenden Autoverkehrs.

Hierzu gehört aber auch das Einschreiten der Polizei und der Ordnungsdienste bei Klagen über ruhestörenden Lärm und Störung der Nachtruhe. Die Ordnungspartnerschaft von Polizei, Ordnungsamt und weiteren städtischen Dienststellen darf sich nicht auf die Beseitigung der Symptome beschränken, sondern muss vor allen Dingen die Ursachen bekämpfen. Hier sind natürlich auch die Elternhäuser, die Schulen, die Kindertagesstätten, die Jugendeinrichtungen, die Vereine, die Kirchen, die Sozialarbeiter oder Streetworker gefordert, präventiv und vor Ort ihren Beitrag für die Erforschung von Ursachen von Jugendkriminalität und Gewalt zu leisten. Gemeinsam ist dies machbar.

So sind wir der Meinung, dass für die Pestalozzischule unbedingt ein Schulsozialarbeiter helfend eingestellt werden muss, da die Erzieherinnen und Erzieher vom Aufwand her überfordert sind. Ein Beispiel nur, wie den Ursachen von Alltags- und Schul kriminalität begegnet werden kann.

Zu einer attraktiven Stadt gehört eine gute Infrastruktur, die in Teilen vorhanden ist. Aber besieht man sich die Stadtstraßen Brühls, kann man nur weinen. Hier besteht ein riesiger Nachholbedarf, der aber nicht konsequent abgearbeitet wird. Wie viele städtische Gebäude haben noch veralterte Heizungen, wann beginnt das Umdenken und systematische Umrüsten auf ökologische und ökonomische Heizungssysteme?

Wir haben die Offenen Ganztagsgrundschulen und den Ganztagsbetrieb der Hauptschule mitgetragen. Wir werden auch den Übermittagbetrieb des städtischen Gymnasiums und der Realschule mittragen, besonders im Hinblick auf die reduzierte Gymnasialzeit bis zum Abitur und als Hausaufgabenbetreuung.

Die Landesregierung hat „Kibitz“ eingeführt und Eltern und Kommunen eine neue finanzielle Belastung aufgebürdet. Wir können das Gesetz nicht ignorieren, sondern müssen reagieren. Der Fachausschuss hat leider unsere Vorschläge zur sozialen Abfederung der Elternbelastungen abgelehnt. Wir fordern weiterhin, dass Eltern mit einem Jahreseinkommen von weniger als 25.000,00 € keinen Elternbeitrag zu leisten brauchen, statt dessen aber Besserverdiener mit

Jahreseinkommen über 77.500,00 € ihren höheren Solidarbeitrag einbringen müssen. Und um den Erzieherinnen in den Kindertagesstätten zu ermöglichen, sich ein Gesamtbild der jungen Menschen zu verschaffen, ob also die Integration gefruchtet hat, ob die deutsche Sprache beherrscht wird oder das soziale Umfeld stimmt, wünschen wir, dass dem Jahr vor der Einschulung ein kostenfreier regelmäßiger Besuch einer Kindertagesstätte vorgeschaltet wird. Jugendkriminalität zu verhindern, beginnt im Elternhaus und in der vorschulischen Erziehung. Und nicht erst vor Gericht oder in geplanten Straflagern.

Unsere Vorstellungen von einem modernen Brühl decken sich, wie gesagt, in zu wenigen Punkten mit den politischen Zielsetzungen der Mehrheitskoalition im Rat und deshalb müssen wir den Haushalt 2008 ablehnen.

Zum Schluss möchte meine Fraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei danken, die das Zahlenwerk zusammengetragen haben und besonders Herrn Freytag, der uns mit der Rücküberführung des Abwasserwerks eine Möglichkeit der dauerhaften Entlastung des städtischen Haushalts präsentierte.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort.

Freigabe am Montag, 03.03.2008, mit Beginn der Rede.